



**SPD-Fraktion  
Rathaus Rodenkirchen ■ Hauptstr.85 ■ 50996 Köln**

**Rathaus Rodenkirchen  
Hauptstr. 85  
50996 Köln**

**Tel.: 0221-221-92302  
Fax.: 0221-221-92302  
EMail: spd-bv2@stadt-koeln.de**

Gleichlautend:

Herrn Bezirksbürgermeister  
Mike Homann  
Hauptstraße 85

50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker  
Hist. Rathaus

50667 Köln

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

**AN/0487/2018**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	23.04.2018

**Ausbau der Elektromobilität in Köln**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am **23.04.2018** zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Arbeitskreis einzuberufen mit dem Ziel, die Elektromobilität im Stadtbezirk Rodenkirchen zu fördern.

In diesem Arbeitskreis sollen Vertreter der Kommunalpolitik, der Stadtverwaltung, der Stadtwerke (Rheinenergie, KVB, Net Cologne etc.), Gewebeunternehmen und öffentliche Einrichtungen (z.B. Schulen und Krankenhäuser) vertreten sein.

In diesem Arbeitskreis sollen unterschiedliche Perspektiven diskutiert und ggf. ein Konzeptvorschlag erarbeitet werden, wie im Stadtbezirk Köln-Rodenkirchen eine flächendeckende, angemessene Infrastruktur zur Aufladung von Elektrofahrzeugen (Elektro-Fahrrädern, Elektro-PKWs und LKWs) geschaffen werden kann.

Folgende Anregungen können zur Diskussion gestellt werden:

1. Durch die Umstellung aller Straßenlaternen auf LED-Leuchtmitteltechnik werden Kapazitäten frei, die für andere Zwecke nutzbar sind.  
An den Straßenlaternen sollen Ladestationen montiert werden, mit denen zumindest

Elektro-Fahrräder - nach Möglichkeit auch PKWs und LKWs - ihre Akkumulatoren aufladen können.

2. Transformatorenstationen der Rheinenergie, der Kölner Verkehrsbetriebe oder anderer Versorger sollen auch für die Einrichtung von Schnellladestationen genutzt werden können.
3. Im öffentlichen Straßenraum sollen – dort wo es möglich ist – Parkplätze für die Aufladung von Elektrofahrzeugen reserviert werden.
4. Auf P&R-Parkplätzen – insbesondere in P&R-Parkhäusern – sollen Elektro-Ladestationen eingerichtet werden. Erforderlich ist dies insbesondere auf den P&R-Anlagen in Godorf, Sürth und Marienburg.
5. Sowohl in Neubaugebieten als auch in alten und neuen Gewerbegebieten soll im öffentlichen Raum eine zukunftsorientierte öffentliche Ladestations-Infrastruktur entwickelt werden.
6. Die Verwaltung möge prüfen, in wie weit Gewerbetreibende (mit Außendienst) bei der Umstellung auf einen Elektrofuhrpark unterstützt werden können. Handwerksbetriebe, Dienstleistungsanbieter (Taxi, Warenzulieferer, Boten etc.) und Sozialdienste wären besonders zu berücksichtigen.

Weitere Vorschläge, Ideen und Denkansätze zur Förderung der Elektromobilität sind erwünscht.

**Begründung:** Erfolgt mündlich

Dr. Jörg Klusemann

Elke Bussmann